

1
2 **Antragsteller: Bendix Bibow**

3
4
5 Bundeswehr in die Schulen

6
7
8 Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Ministerium für Wissenschaft, Bildung
9 und Kultur, Bundesrat, Bundesministerium der Verteidigung

10
11
12 **Antrag:**

13 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

14 Die Bundeswehr ist aus dem gesellschaftlichen Kontext verdrängt.

15 Darum fordert „Jugend im Landtag“, dass die Bundeswehr zu berufsbildenden und
16 informativen Zwecken in schleswig-holsteinische Schulen eingeladen wird, um an der
17 Seite weiterer Unternehmen, Universitäten und Berufshochschulen zur
18 Berufsorientierung der Schüler Schleswig-Holsteins maßgeblich beizutragen.

19 Zudem werden verpflichtende Berufsmessen in der Oberstufe eingeführt, an denen
20 eine weite Bandbreite an Informationen gegeben wird. Der Bundeswehr muss, wie
21 jedem anderen Unternehmen, Universität oder Berufshochschule, die Möglichkeit
22 gegeben werden, an allen Schulen in Schleswig-Holstein Schüler bei ihrer
23 Berufsorientierung zu unterstützen.

24
25 **Begründung:**

26 Die Bundeswehr ist der erste Schützer der FDGO in Deutschland. Soldaten tragen
27 einen enormen Beitrag zum Schutz aller Menschen- und Bürgerrechte in der
28 Bundesrepublik bei.

29 Staatsbürger in Uniform verteidigen nicht nur die deutsche, sondern auch die
30 afghanische, somalische und syrische Freiheit. Soldaten geben einen Teil ihrer
31 Rechte auf, um alle Bürger Deutschlands und die von vielen weiteren Staaten zu
32 schützen. Als Gesellschaft blenden wir diese Umstände aus. Schülern in Schleswig-
33 Holstein werden wenig bis gar keine Informationen zur Berufslaufbahn in der
34 Bundeswehr gegeben.

35 Man versucht nicht mit diesem Antrag Militarismus in die Schulen zu bringen oder
36 ähnliches, man versucht lediglich dem Arbeitgeber Bundeswehr gleiche Chancen bei
37 der Findung der Arbeitnehmer zu finden. Zudem wird so zum Dialog zwischen
38 Soldaten und Bürgern beigetragen, was in unserer Gesellschaft und der jetzigen Zeit
39 wichtiger denn je ist. Unsere Soldaten dürfen nicht weiter aus dem Dialog und aus
40 unserer Gesellschaft vertrieben werden.

41 Weitere Begründung erfolgt mündlich.